

19

Abt. 2 - Alexanderplatz**Die KDV möge beschließen:****Der Landesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission
Annahme (Konsens)****Mehrweg in Gastronomie endlich umsetzen – Abgabe für Einwegverpackungen einführen**

1 Wir fordern die sozialdemokratischen Mit-
2 glieder im Abgeordnetenhaus und im Senat
3 von Berlin auf, sich für die Einführung einer
4 Abgabe auf Einwegverpackungen, -geschirr
5 und -besteck einzusetzen. Die Abgabe soll
6 von allen Verkaufsstellen geleistet werden,
7 die darin Speisen und Getränke für den sofor-
8 tigen Verzehr oder zum Mitnehmen ausge-
9 ben. Zusätzlich sollte das Angebot von Mehr-
10 weg bei Lieferdiensten geprüft werden, um
11 auch diese perspektivisch in die Umsetzung
12 der Mehrwegpflicht einzubeziehen.

13

14 Begründung

15 Laut dem Naturschutzbund Deutschland
16 (NABU) sind Imbisse und Gastronomie-
17 betriebe für ca. 35% des Einweggeschirrs,
18 das im Umlauf ist, verantwortlich. Jährlich
19 werden 3 Milliarden Einwegbecher und 2,7
20 Milliarden Einwegteller genutzt und somit
21 Teil des Abfallzyklus. Ende November 2022
22 legten das Europäische Parlament und der
23 Rat eine Verordnung über Verpackungen und
24 Verpackungsabfälle vor, in der der gesamte
25 Lebenszyklus von Verpackungen bedacht
26 wird - mit dem Ziel, diese zu reduzieren. Ob-
27 wohl die Mehrwegpflicht deutschlandweit
28 und somit auch in Berlin seit Anfang 2023
29 in Kraft ist, steht es um ihre Umsetzung
30 schlecht. Laut einer Erhebung zu Verpa-
31 ckungsmüll im Auftrag der WWF lag der
32 Anteil bei Getränken, die zum Mitnehmen
33 bestellt wurden, bei 4% Prozent, bei Speisen
34 sogar nur bei 0,1%. Stichprobenartig wurde
35 festgestellt, dass in Stadtteilen mit einer
36 hohen Anzahl an stark genutzter und teils
37 hochpreisiger Gastronomie, nur 20% der
38 getesteten Gastronomiebetriebe Mehrweg-
39 geschirr vorrätig hatten. Um die bereits
40 wirtschaftlich belastete Gastronomie bei

41 dieser Transformation zu begleiten und zu-
42 sätzlichen Anreiz zu bieten, ist es zwingend
43 notwendig, einen Teil der eingenommenen
44 Gelder zur Unterstützung der Betriebe bei
45 der Anschaffung von Mehrweggeschirr
46 bereitzustellen.

47 Tübingen macht es vor - seit Anfang des Jah-
48 res 2023 werden Einwegverpackungen und
49 Einweggeschirr besteuert. Konkret fallen zu-
50 sätzlich 50 Cent pro Mahlzeitbox, 20 Cent
51 pro Einwegbecher und 20 Cent auf Einwegbe-
52 steck an. Die höheren Kosten motivieren Kun-
53 dinnen und Kunden auf Einwegverpackungen
54 zu verzichten, den Bedarf an Plastik und der
55 verbundenen Müllentsorgung zu reduzieren
56 und somit zu einer nachhaltigeren und le-
57 benswerteren Stadt beizutragen. Bereits im
58 Mai 2023 bestätigte das Bundesverwaltungs-
59 gericht die rechtliche Grundlage, nachdem ei-
60 ne McDonald's-Franchisenehmerin diese an-
61 gezweifelt hatte.